

Dipl.Päd. Johanna Michel-Brüning
Heilkundliche Psychotherapeutin i.R.
Ausbildung in systemischer Beratung und Familientherapie
und Hypno-systemischen Konzepten für Kinder und Jugendliche
Jan-von Werth-Straße 80
52428 Jülich Tel.: (02461) 8571
E-Mail: josiedirk@web.de
Josie und Dirk Brüning - Jan-von-Werth-Str. 80 - 52428 Jülich



Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel, MdB
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

*(Das Logo wurde von Gerardo Hernández
im Gefängnis entworfen)*

Jülich, 4. Mai 2011

Offener Brief zu

Ihrer öffentlichen Gutheißung der illegalen Hinrichtung des „mutmaßlichen“ Terroristen Osama bin Laden

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

hiermit bitte ich Sie, nicht nur mein Befremden, sondern auch das vieler gerechtigkeitsliebender und sich unserem Rechtsstaat verpflichtet fühlender Bürger unseres Landes zu Ihrer oben genannten Stellungnahme zur Kenntnis zu nehmen.

Wir finden, dass Ihre Loyalität mit „unseren Verbündeten“, das heißt, mit einem immer faschistischer werdenden Teil der US-Bevölkerung und dessen Vendetta-Moral, hier entschieden zu weit gegangen ist.

Bei früheren Bitten um Ihre Fürsprache im Fall der „Cuban Five“ bei „unseren Verbündeten“ erhielten wir aus dem Kanzleramt oder dem Auswärtigen Amt mehrfach die Antwort, man kenne den Fall, der Rechtsweg sei ja noch nicht ausgeschöpft, zudem seien die USA ein „Rechtsstaat“.

Letzteres wurde nicht nur durch das Folterlager in Guantánamo, Abu Ghraib und andern Orts sowie den neuerlichen Fall des „Whistleblowers“ Bradley Manning widerlegt oder zumindest in Frage stellt, sondern jetzt wieder im Fall Osama bin Ladens, dessen illegale Hinrichtung Ihre ausdrückliche Zustimmung gefunden zu haben scheint.

Menschen mit Geschichtsbewusstsein können nicht umhin, sich des Opportunismusses früher Generationen zu erinnern, die die faschistischen Diktaturen in Europa mit ermöglicht hatten.

Der scheinbaren Genugtuung, die den bedauernswerten Opfern von „9/11“ und deren Angehörigen durch Osama bin Ladens Tod gegeben wurde, stehen beispielsweise die ungesühnten Opfer vom 11. September 1973 in Chile gegenüber, als 15.000 Menschen ermordet wurden, also die fünffache Zahl derer, die am 11. September in den Twin Towers umkamen. Zahllose weitere Chilenen wurden gefoltert und ins Exil getrieben.

Und, wie Kuba 2001 vor dem UN-Menschenrechtsrat belegen konnte, kamen nach seinem Sieg über das von den USA unterstützte Batista-Regime, das 20.000 Tote und Verschwundene gekostet hatte, bis 1999 3.478 weitere Menschen ums Leben und 2.099 wurden lebenslänglich durch terroristische Anschläge beeinträchtigt, die mit Rückendeckung der jeweiligen US-Regierungen von Exilkubanern ausgeführt worden waren.

Währenddessen werden die fünf Kubaner, die das Risiko als nicht registrierte und unbewaffnete Agenten in Florida auf sich nahmen, um Menschenleben zu retten, weiterhin unrechtmäßig in US-Gefängnissen festgehalten, und ihre letztmögliche rechtliche Chance nach dem immerhin in

der US-Verfassung vorgesehenen „Habeas Corpus Act“, ihre „actual innocence“ zu belegen, schwebt wegen des Ablehnungsantrags der US-Staatsanwältin Caroline Heck-Miller in der akuten Gefahr, verhindert zu werden.

Dagegen hätte der Friedensnobelpreisträger Präsident Barack Obama das verfassungsmäßige Recht, die Fünf zu begnadigen.

Der US-Präsident kann den „mutmaßlichen“ Terroristen Osama bin Laden zwar nicht mehr vor ein ordentliches Gericht stellen noch könnte er das Unrecht seiner Vorgänger ungeschehen machen, doch er könnte das ungerechtfertigte Leiden der „Cuban Five“ Antiterroristen und ihrer Familien mit nur einem Federstrich beenden.

Wie Sie wahrscheinlich wissen, ist rund um den Fall eine internationale Bewegung entstanden und auf Millionen Menschen in aller Welt angewachsen, die Freiheit und Fairness für die „Cuban Five“ fordern. Sie schließt Amnesty International, zehn Nobelpreisträger, Mary Robinson, die Hochkommissarin für Menschenrechte von 1997 bis 2002, juristische Organisationen aus aller Welt und kirchliche Würdenträger ein. Nach einer kürzlichen Reise nach Kuba fügte der frühere Präsident Jimmy Carter seine Stimme hinzu, indem er sagte:

"Ich glaube, dass es keinen Grund gibt, die Fünf im Gefängnis zu behalten; es gab Zweifel an den US-Gerichten und auch in Menschenrechtsorganisationen ... Jetzt sind sie 12 Jahre im Gefängnis, und ich hoffe, dass sie in naher Zukunft freigelassen werden und nach Hause zurückgehen können."

Daher bitten wir alle Sie noch einmal, sich gegenüber der US-Regierung in diesem Sinne zu äußern und damit der Welt zu beweisen, dass das Rechtsbewusstsein der Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland nicht ganz abhanden gekommen ist.

Mit Dank im Voraus für Ihre erneute Aufmerksamkeit
und freundlichen Grüßen

Josie Michel-Brüning